

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. 37 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag
29.01.2010**

GRÜNE: CDU und FDP wollen Elternwillen weiter einschränken

Erneuter Wortbruch in der Schulpolitik

Nach der heutigen (Freitag) Sitzung des Kultusausschusses hat die Grünen-Bildungsexpertin **Ina Korter** die Pläne der Regierungsfractionen kritisiert, den Elternwillen bei der Entscheidung über die Schullaufbahnen ihrer Kinder weiter einzuschränken. CDU und FDP hatten eine Gesetzesänderung angekündigt, wonach Schülerinnen und Schüler, die ohne eine entsprechende Empfehlung der Grundschule das Gymnasium oder die Realschule besuchen, künftig bereits nach der fünften Klasse in die Real- beziehungsweise Hauptschule überwiesen werden können.

"Das wäre ein eklatanter Bruch des Versprechens der Kultusministerin, die Verbindlichkeit des Elternwillens bei der Schulwahl nicht anzutasten", sagte Korter. Die Eltern würden mit der "scheinheiligen Begründung" abgespeist, dass die Maßnahme im Interesse

womöglich überforderter Kinder wäre.

Bisher ist die Abschlusung gegen den Willen der Eltern erst nach der sechsten Klasse möglich, wenn Schülerinnen und Schüler, die ohne eine entsprechende Grundschulempfehlung ein Gymnasium oder eine Realschule besuchen, nicht in die siebte Klasse versetzt werden.

Korter forderte, dass statt der Festschreibung einer vorschnellen Abschlusung endlich die individuelle Förderung für alle Schüler ausgebaut werden müsse. Es sei ein Unding, dass die Schullaufbahneempfehlungen, obwohl sie die Entscheidungsgrundlage seien, seit Jahren nicht systematisch evaluiert würden. "Das alles wird von der Landesregierung ausgeblendet. Offenbar geht es auch bei diesem erneuten Angriff auf den freien Elternwillen ausschließlich darum, die Hauptschule zu retten, indem ihr möglichst viele Schüler zugewiesen werden."